



schland > Telekom, Thyssenkrupp, Eon: Unternehmen warnen vor Rechtsextremismus – Appell von mehr als 5

Gemeinsamer Appell

Telekom, Thyssenkrupp und Co. warnen vor Rechtsextremismus

Angesichts der aktuellen wirtschaftspolitischen Lage haben mehr als 50 Unternehmen aus Deutschland einen Brandbrief an die Politik verfasst. Darin fordern sie einen Schulterschluss der demokratischen Parteien und bekennen sich klar zu einem klimaneutralen Standort Deutschland.

29.01.2024, 09.53 Uhr

Artikel zum Hören • 2 Min



Klare Vorgaben aus der Politik für den klimaneutralen Standort Deutschland: "So schaffen wir neue Wachstumsperspektiven und halten rechtsextreme politische Ränder klein." Foto: Bernd von Jutrczenka/ DPA

Mehr als 50 Unternehmen aus [Deutschland](#) haben angesichts des Umbaus zu einer klimaneutralen Wirtschaft die Politik zum **Schulterschluss** aufgefordert. [In ihrem Appell](#) [↗](#) warnen sie, dass rechtsextreme Kräfte die Demokratie und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands bedrohten. Zu den Unterzeichnern gehören etwa die [Deutsche Telekom](#), der Energiekonzern [Eon](#), Ikea Deutschland, [Miele](#), [Otto](#) und Puma, [Thyssenkrupp](#) oder Wacker Chemie.

In dem Appell mit dem Titel „Die Transformation als Jahrhundertprojekt“ heißt es, das wirtschaftliche Überleben des Standorts Deutschland hänge auch davon ab, „ob wir das Ziel der Klimaneutralität erreichen“. Nötig sei daher ein Schulterschluss der demokratischen Parteien, „der langfristige Transformationsprozesse und Investitionsentscheidungen der Wirtschaft ermöglichen muss“. Initiiert hat den gemeinsamen Brief die Stiftung KlimaWirtschaft.

Benötigt werde ein wirtschaftspolitisches Leitbild, das einen Rahmen für Unternehmertum in einem klimaneutralen Deutschland setzt, heißt es in dem Appell der Unternehmen weiter. Sie fordern die Bundesregierung auf, eine Transformationskommission einzuberufen.

Zu ihren Forderungen gehören wettbewerbsfähige Energiepreise und eine Weiterentwicklung der Schuldenbremse sowie eine vollumfänglich digitalisierte Verwaltung. Außerdem brauche die Wirtschaft einen Transformations- und Energiekonsens aller demokratischer Parteien, mehr staatliche und private Investitionen in die Klimaneutralität und einen sozialverträglichen Hochlauf grüner Märkte.

Die Chefin der Stiftung KlimaWirtschaft, **Sabine Nallinger**, erklärte: „Die Vielzahl und Breite der beteiligten Unternehmen, die sich für die Transformation und klar gegen rechtsextreme Parolen positionieren, sind ein entschiedenes Signal für die Reformbereitschaft und den Optimismus Deutschlands in dieser herausfordernden Zeit.“ Die Politik müsse jetzt klare Perspektiven für den klimaneutralen Standort Deutschland aufzeigen, staatliche Investitionen verlässlich und langfristig gestalten und Planungssicherheit für Infrastruktur und Energiepreise gewährleisten. „So schaffen wir neue Wachstumsperspektiven und halten rechtsextreme politische Ränder klein.“